

Rede zur integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung am 13.10.2011

Die integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung stellt eine zeitgemäße Antwort auf den Veränderungsprozess im Schulwesen dar, weil er sinnvolle Verfahrensvorschläge und verlässliche Daten zu den drei zentralen Veränderungsaspekten darlegt: der Veränderung in Richtung auf eine inklusive Schule, auf eine Schule für längeres gemeinsames Lernen und zwar am Tag wie auch in den Jahrgangsstufen und auf eine Schule der individuellen Förderung. Zwar ist die Verantwortung des Schulträgers begrenzt auf die äußeren Schulangelegenheiten, aber vom Schulbau über die materielle Ausstattung bis zur Vernetzung mit der Schulverwaltung ist die Stadt für den Rahmen zuständig, in dem die bestmögliche Förderung jedes einzelnen stattfinden kann.

Jeder der oben genannten Aspekte verlangte einen Umbau im konkreten und übertragenen Sinn von Schulkasernen zu **Häusern des Lernens und Lebens**. Natürlich steht die Entwicklung zu solchen Häusern des Lernens nicht am Anfang, es ist eine Fortentwicklung von Bewährtem vor allem im Bereich des Ganztags und des Schulbaus. Aber auch was die Veränderung der Schulstruktur anlangt bietet das Entwicklungskonzept eine angemessene Grundlage: vor allem weil es prozessorientiert angelegt ist und bloß einen Rahmen vorgibt anstatt mit festen prognostischen Größen zu arbeiten. Zu dieser Offenheit der Planung zählt auch eine Begrenzung des Zeitraums auf fünf Jahre, denn obwohl viele Daten als gesichert bzw. vorhersagbar angesehen werden können, so bleiben Unwägbarkeiten im Blick auf Veränderungen im Schulwahlverhalten und der Auswirkungen von neuen Schulformen, wie der Sekundarschule.

In einem ersten Diskussionsschritt haben in den vergangenen Monaten die Bezirksvertretungen den Plan gesichtet, bewertet und ergänzende Vorschläge gemacht. Ohne die Vorschläge im einzelnen bewerten zu wollen oder zu können, so zeigt sich doch tendenziell ein Wunsch nach Festschreibung des Bestehenden, was in gewisser Weise dem prozesshaft angelegten Plan

widerspricht: Ob z. B. Haupt- Real- und Förderschulen erhalten werden sollen, kann in dieser in gewisser Weise abstrakten Form nicht sinnvoll gefordert werden. Erst im Geflecht des jeweils konkreten Bedarfs, des pädagogisch sinnvollen und der städtischen Möglichkeiten kann das passende Schulangebot ermittelt und bereitgestellt werden. Die Bezirksgrenzen wirken da strukturell manchmal auch als hinderliche Barrieren.

Zurück zum Anfang: Dass der Plan in vielen Dingen offen bleibt, ist kein Mangel, sondern geschuldet dem sich im Umbruch befindenden Schulwesen. Auch wenn es rechtlich fast keine formale Änderung der Schulstruktur gibt, kann die Planung doch dabei helfen, viele Defizite im Schulwesen abzubauen, kann helfen, die Bildungs- und Ausbildungsqualität der Schule zu stärken und kann helfen, jedem Kind und den jungen Menschen die besten Chancen für ein Leben in einer demokratischen Gesellschaft zu geben.

Und kann helfen, dass jedes Kind und jeder junge Mensch die Kompetenzen erlangen kann, die für alle Bereiche des Lebens nötig sind.